

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Kugelschnabelung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhoff 2500-2507

Parteitag und Frauenkonferenz.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 13. September, abends 6 Uhr,

nach Heidelberg, Stadthalle, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Bericht des Parteivorstandes. a) Allgemeines. Berichterstatter Johannes Stelling. b) Agitation, Organisation und Kasse. Berichterstatter: Fr. Bartels und Konr. Ludwig. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brähne. 3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag. Berichterstatter: Wilhelm Keil. 4. Problem der europäischen Politik (Bericht vom Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale). Berichterstatter: Arthur Crispian. 5. Das Parteiprogramm. Berichterstatter: Dr. Hilferding. 6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll. 7. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Im Anschluß an den Parteitag findet in Heidelberg eine Frauenkonferenz

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Frauenbewegung und Sozialdemokratie. ReferentIn: Frau Marie Juchacz. 2. Die Frau im zukünftigen Strafrecht.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission.

An der Frauenkonferenz sind zur Teilnahme berechtigt: ein bis zwei Delegierte aus jedem Bezirksverband, die weiblichen Delegierten zum Parteitag, die weiblichen Mitglieder des Reichstags, je ein weibliches Mitglied der Landtage und männliche Genossen, die von der Bezirksleitung mit Mandaten versehen werden.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages können nur behandelt werden, wenn sie von Parteioorganisationen gestellt und spätestens bis zum 12. August 1925 beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Abs. 2 spätestens am 16. August im „Vorwärts“ veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung unter Angabe, ob Hotel oder Privatwohnung, müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Parteisekretär J. Amann, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13.

Berlin, den 24. Juni 1925.

Der Parteivorstand.

Die Gefahr der Stinnes-Kredite.

Die Seehandlung gibt Sanierungsgelder.

Die Frage, woher die Gelder zur Stützung des Hauses Stinnes genommen werden, klärt sich. Am Schlusse einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ heißt es, daß die Reichsbank dem Kreditkonsortium der Privatbanken keinerlei erhöhten Rediskont eingeräumt habe. Man darf diese Meldung begrüßen und den Tatbestand für richtig halten. Darin läge der Beweis, daß die Reichsbank als Währungs- und Zentralkreditbank die kreditinflationäre Gefahr erkannt hat, zu welcher eine Selbstschuldnerbürgschaft der Reichsbank für die Schulden des Hauses Stinnes in der Form des Rediskonts für die Konsortialwechsel des Kreditkonsortiums zweifellos hätte führen müssen. Dieses „Hände weg vom Hause Stinnes“ für die Reichsbank ist also durch die Tatsachen gerechtfertigt.

Leider hat sich aber an den Gefahren, die sich in dieser kreditwirtschaftlich in nichts zu rechtfertigenden Stützung einer Privatfirma liegen, mit dem Ausschleiden der Reichsbank grundföhrlich nichts gebessert. An die Stelle der Reichsbank tritt nämlich die Seehandlung, die Bank des preussischen Staates. Kurzfristige Einlagen der Reichspost und des preussischen Staates sollen nämlich in der Form der Lombardierung Stinnescher Kreditunterlagen dem Kreditkonsortium als Rückdeckung für die geleisteten Bareinschüsse zur Verfügung gestellt werden. Diese Rückdeckung soll in der vollen Höhe der Bareinlagen auf fünf bis sechs Monate erfolgen. Staatsgelder, deren Ausgabezweck schon bestimmt ist und deren Verwendung bald fällig wird, oder bestenfalls Haushaltsüberschüsse, die für den nächsten Etat reserviert sind und über deren Verwendung das Parlament zu beschließen hat, werden also auf dem Umweg über das Kreditkonsortium zur Stützung des Hauses Stinnes verwendet. Was von vornherein zu erwarten war, daß die Privatbanken des Stinnes-Konsortiums entweder keine eigenen Mittel zur Stinnes-Sanierung haben oder auf eigenes Risiko die Stützung aus eigenen Mitteln verweigern, ist also in vollem Umfang eingetroffen, so daß das gesamte Stützungsrisiko am Preussischen Fiskus und der Seehandlung hängen bleibt. Der kredit- und volkswirtschaftliche Unsinn, bei der heutigen Lage des deutschen Kapitalmarkts eine Privatfirma bei Zahlungsunvermögen zu stützen, statt die Firma mit ihren privaten Bankverbindungen allein zu lassen und wenn diese nicht selbst einpringen können oder wollen, ihre ordnungsgemäße Sanierung zu erzwingen, verkehrt sich in eine vom preussischen Staat unterstützte Loch-zu-Loch-auf-Wirtschaft, die man in normalen Zeiten als betrügerisch zu kennzeichnen gewohnt war.

Die Stinnes-Stützung offenbart sich damit als ein kreditwirtschaftliches Taschenspielerstück, an dem nur weil es sich um das Haus Stinnes handelt, die Reichsbank und der preussische Staat aktiv und verantwortlich beteiligt wird. Durch dieses Taschenspielerstück wird und kann niemand unter den heutigen Verhältnissen geholfen werden. Dem Kapitalmarkt nicht, denn alte, in ihrer Verwendung schon bestimmte Mittel werden für einen zweifelhaften neuen Bedarf gebunden; den Privatbanken nicht, denn das Taschenspielerstück wird kurz über lang durchschaut und die stützenden Banken kommen in den Verdacht unsolider Manipulationen; dem Hause Stinnes nicht, denn es wird durch die Unterschriften des Stützungskonsortiums künstlich gestärkt und von der Durchführung der notwendigen Sanierung abgehalten. Das Gesamtergebnis ist eine Selbsttäuschung der Beteiligten darüber, daß man wieder einmal vor unabweislichen Notwendigkeiten wie während der ganzen Inflationswirtschaft den Kopf in den Sand stecken dürfe und eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit, der alles durch die Unterschriften des Konsortiums und der Seehandlung um so mehr im besten Sinne geordnet erscheinen muß, weil die Reichsbank die ganze Sache als Treuhänder gemacht hat und zu überwachen scheint.

Diese Rechnung mit doppeltem Boden darf in der heutigen hohen Gefahrenspannung der deutschen Kreditwirtschaft nicht geduldet werden. Die Stinneschen Kreditunterlagen sind bei dem „stützenden“ Privatbankkonsortium schon einmal lombardiert. Wenn sie von der preussischen Staatsbank rücklombardiert werden, dann treibt man dieselbe Politik, die während des Krieges mit der Lombardierung der Kriegsanleihen getrieben wurde, aus deren „Ertrag“ neue Kriegsanleihen gezeichnet wurden. Das war, wie heute unerschütterlich feststeht, damals der Beginn der Inflation. Heute liegt auch in dem Rücklombard der Seehandlung noch keinerlei Inflationsgefahr. Denn wenn die Seehandlung mit ihren Lombardkrediten einfriert, erleidet sie bestenfalls aus dem Verkauf der Stinnes-Papiere Bar-mat-Verluste. Das mögen Privatbanken auf sich nehmen. Daß aber der preussische Staat oder die Reichspost öffentliche Gelder dazu hergibt, das kann und darf unter keinen Umständen zugelassen werden. Heute hängt alles davon ab, daß die Lösung der Industrie- und Kreditkrisis nicht auf die lange Bank geschoben wird und notleidende Unternehmen nicht künstlich galvanisiert werden. Eine rationelle Lösung ist nur möglich, wenn die Privatindustrie und die Privatbanken nach den Grundföhrten der freien Wirtschaft sich selbst überlassen bleiben und mit aller Entschiedenheit daran festgehalten wird, daß Reichsbank, öffentliche Bankinstitute und der Staat grundföhrlich von den Verlegenheiten der Privatwirtschaft sich fernzuhalten haben, es sei denn durch Beschluß der Volkvertreterung und auf dem Wege des Gesetzes.

Deutschnationale am Pranger.

Dramatische Szenen im Aufwertungsausschuß.

In dramatisch bewegter Sitzung des Aufwertungsausschusses erhob der Abg. Dr. Best schwere Anklagen gegen drei deutschnationale Abgeordnete.

Herr v. Richtigshofen habe in der Inflationszeit ein Familiengut zu dreieinhalb Millionen Mark gekauft und seine Schwester und Mutter mit 75 Zentner Roggen abzufinden versucht. Er sei deshalb persönlich an der Richtaufwertung interessiert.

Der Abg. Dr. Kademacher habe in der deutschnationalen Fraktion erklärt, daß er Direktor eines Bergwerkunternehmens sei, das in der Inflationszeit große Geländemassen gekauft habe, auf denen noch Restaufgelde stünden.

Der Abg. Dr. Obersjöhren habe erklärt, seine Frau sei mit etwa fünfhunderttausend Mark an der Aufwertung interessiert.

Den Beschuldigten wurde das Wort zur Entgegnung gegeben. Wir werden über diese Sitzung eingehend berichten.

Schon genug?

Wollen die Deutschnationalen aus der Regierung?

Heute beraten die Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung über die Frage des Sicherheitspaktes. Zur gleichen Zeit veröffentlicht die „Deutsche Zeitung“ folgende Meldung:

Die aus Nordwestdeutschland in Bremen zusammengekommenen deutschnationalen Vorstehenden und Vorstände der Landesverbände Hamburg, Hannover Ost, Osnabrück, Oldenburg, Ostfriesland und Bremen haben einstimmig eine Entschliehung gefaßt, in der sie erneut feststellen, daß das unerhörte Angebot des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ohne Einverständnis des Reichskabinetts im Gegensatz zur deutschnationalen Auffassung und ohne Vorwissen der deutschnationalen Regierungvertreter erfolgt ist. Die vereinigten Landesverbände halten es für selbstverständlich, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann für seine Person gezwungen wird, die Folgerungen aus seinen fortgesetzten Mißerfolgen zu ziehen.

Aufgabe der Politik des Sicherheitspaktes, Rücktritt Stresemanns: man sieht es diesen Forderungen an, daß sie als Einleitung des Rückzugs der Deutschnationalen aus der Regierung gedacht sind.

Regierung gegen Regierungspresse.

Große Verantwortungslosigkeit des „Lokal-Anzeigers“.

Ämtlich wird mitgeteilt: Der „Berliner Lokal-Anz.“ hat in einer Erörterung der Sicherheitsfrage die Behauptung aufgestellt, daß die Reichsregierung innerlich auf einen Erfolg bei der Fortsetzung ihrer Initiative nicht reche und daß es sich bei der Fortsetzung der Verhandlungen wesentlich darum drehen würde, klar herauszuarbeiten, woran der Sicherheitspakt scheitern müsse.

Die „Berliner Volkszeitung“ glaubt diese Ausführungen auf die Presseabteilung der Reichsregierung zurückföhren zu müssen. Demgegenüber wird die Selbstverständ-

lichkeit festgestellt, daß mit jenen verantwortungslosen Äußerungen des „Berliner Lokal-Anzeigers“, die in vollem Gegensatz zu der Auffassung des Reichskabinetts stehen, keine amtliche Stelle irgend etwas zu tun hat.

Ebenso wendet sich die Stresemann-offiziöse „Deutschdiplomatische Korrespondenz“ unter Betonung der vollen Einmütigkeit aller Minister (also auch Schiefes!) in der Pastfrage gegen das deutschnationale Blatt, dem sie eine „unverständliche Haltung“ und einen „schweren Mißgriff“ vorwirft.

Freispruch im Veltheimer Prozeß.

Auf Antrag des Staatsanwalts.

Möden, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Verhandlung ergriff zunächst der Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt v. Schwedersti, das Wort. Er ging auf die Vorgänge von damals ein. Alle Welt habe seinerzeit an dem traurigen Unglück Anteil gehabt. Der Angeklagte habe einen schweren seelischen Druck zu ertragen gehabt. Die Beweisaufnahme habe die völlige Unschuld des Angeklagten dargetan. Der Angeklagte könne stolzgehobenen Hauptes den Gerichtssaal verlassen und weiterhin seine Pflicht tun. Er stellte dann den Antrag auf Freisprechung. Staatsanwaltschaftsrat Sprenten erging sich in längeren Ausführungen und ging auf die einzelnen Zeugenaussagen und auf die Gutachten der Sachverständigen ein. Die Anklage habe sich auf die ersten Ermittlungen gleich nach dem Unglück gestützt. Diese hätten allerdings sehr ungünstig gelaute. Die Verhandlung habe jetzt ein anderes Bild ergeben. Auch er müsse Freisprechung beantragen. Dann ergiff der erste Verteidiger des Angeklagten das Wort zu seinem Plädoyer. Das Gericht erkannte auf Freispruch.

Erhöhung der Hauszinssteuer.

Um 6 v. H. der Friedensmiete.

Dem preussischen Staatsrat ist ein Gesetzesentwurf zur Venderung der Preussischen Steuernotverordnung und des Preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz zugegangen.

Der Entwurf sieht eine weitere Anspannung der Hauszinssteuer, die in Anbetracht der finanziellen Notlage des Staates und der Gemeinden dringend erforderlich ist, vor. Es wird vorgeschlagen, die Hauszinssteuer vom 1. August d. J. ab um 6 Proz. der Friedensmiete und vom 1. Oktober d. J. ab um weitere 6 Proz. der Friedensmiete zu erhöhen.

Die Erträgnisse aus der Erhöhung am 1. August sollen zu zwei Dritteln den Gemeinden und Gemeindeverbänden und zu einem Drittel dem Staat zusteigen. Die Erträgnisse aus der Erhöhung am 1. Oktober sollen ausschließlich für die Herstellung des Gleichgewichts im preussischen Staatshaushalt Verwendung finden. In der Begründung zu dem Entwurf wird darauf hingewiesen, daß bei der Erhöhung der Mieten den Eigentümern ein erhöhter Betrag für Betriebs- und Instandhaltungskosten, sowie zur Verzinsung des eigenen und fremden Kapitals zugesagt werden soll, daß sich indessen Vorschläge nach dieser Richtung hin erst nach der Verabschiedung des Aufwertungsgesetzes, das dem Reichstag vorliegt, machen lassen.

Abrechnung mit Kaniz.

Genosse Hilferding zerstückt die Argumente des Landwundministers.

Der handelspolitische Ausschuss bestimmte in seiner heutigen Sitzung den Abg. Breißheid zum Generalberichterstatter. Die Berichterstatter über Lebensmittelzölle übernahm der Abg. Hampe (Sp.) Ueber die Industriezölle wird berichten der Abg. Lejeune-Jung (Dnat.). Zu Beginn der sachlichen Aussprache gab der Reichswirtschaftsminister Neuhaus einen Überblick über die

handelspolitischen Verhandlungen.

die gegenwärtig gepflogen werden. Er verbreitete sich dabei insbesondere über die Abmachungen mit Belgien und inwieweit die neuen Vertragsziffern die Positionen des neuen Zolltarifs berühren. In seinen allgemeinen Darlegungen betonte der Reichswirtschaftsminister die Notwendigkeit der unbeschränkten Meistbegünstigung mit jedem Land. Bemerkenswert sei die schutzzöllnerische Tendenz, die sich im letzten Jahre von Tag zu Tag in allen Ländern in außergewöhnlicher Weise entwickelt habe. Mit Belgien sei ein Vertrag abgeschlossen auf 18 Monate mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist, die Verhandlungen mit Frankreich hätten bis jetzt ein rein provisorisches Ergebnis gezeigt, das durch die Presse allgemein bekannt ist. Im Mittelpunkt der deutsch-französischen Verhandlungen stehe die Eisenfrage, die den Anfang der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern darstellen müsse. Mit Italien ist ein vorläufiges Handelsabkommen auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen. Von italienischer Seite ist für das endgültige Abkommen die unbeschränkte Meistbegünstigung zugesagt. Die schutzzöllnerische Tendenz hat in Italien besondere Blüten getrieben; der italienische Staat hat das Bestreben, seine Industrieerzeugnisse durch sehr hohe Zölle gegen die Einfuhr zu schützen. Die Verhandlungen mit Polen haben keinen befriedigenden Verlauf genommen. Wenn es Anfangs schien, daß die Differenzen gering seien, so haben sich jetzt in vielen Punkten abweichende Meinungen herausgebildet. Polen hat neuerdings seine Zollsätze ganz erheblich erhöht und seit dem 17. Juni Einfuhrverbote erlassen, die besonders den deutschen Ausfuhrhandel treffen. Die Verhältnisse in Rußland sind so grundverschieden von denen bei uns, daß sich die Bemühungen in der Hauptsache darauf beschränken, einen geregelten Warenaustausch zu erzielen. Außerdem ist es gelungen, auf verschiedenen Gebieten günstige Abmachungen zu erzielen.

Der Reichswirtschaftsminister schloß seine Ausführungen, die in keiner Weise über den Rahmen einer sehr primitiven Betrachtung hinausgingen, mit der Mahnung, sich durch theoretische Ermüdungen nicht von realen Notwendigkeiten abbringen zu lassen.

Die Aussprache über die Zollvorlage war durch ein großes Referat des

Genossen Hilferding

absolut beherrscht. Er wendete sich zuerst gegen die vom Minister vorgebrachten Allgemeinheiten und betonte, daß die wichtigste Frage der industriellen Zölle die Eisenfrage sei, wobei die Schwerindustrie versuche, ihre gegenseitigen Interessen besonders zu wahren. Das Bestreben des Stahlwerksverbandes sei auf ein absolutes Preismonopol gerichtet, wodurch die Eisenverbraucher mit dem Weltmarktpreis plus Zoll belastet würden. Der sozialdemokratische Redner wendete sich dann gegen die Argumentation des Abg. Schneider (D. Sp.), der verlangt hatte, die Zollvorlage mit Rücksicht auf die Zollrückstellungen der anderen Länder möglichst rasch zu verabschieden. Hilferding warf dabei die Frage auf, inwieweit die Schutzzölle in den anderen Ländern ein Argument für unsere eigene Handelspolitik darstellen können. Die handelspolitische Situation seit dem 10. Januar sei nicht günstig. Hier rächen sich die Verhältnisse des früheren Wirtschaftsministers und außerdem die Rücksichtslosigkeit, mit der der Ernährungsminister auf die gleichzeitige Einführung der Agrarzölle gedrängt habe. Der Ernährungsminister verstärkte den Druck mit der Androhung seiner Demission. In dem neuen Zolltarif sehen wir jetzt, daß durch die Einfälle der Interessenten, deren Exponenten in den Ministerien sitzen, nicht nur der frühere Zolltarif wiederhergestellt wurde, sondern daß eine ganze Reihe, fast aller Fünftel der Positionen, seit 1922 ab eine Steigerung erfahren, teilweise sogar bis zu 300 Proz.

Gebundene Agrarzölle sind kein handelspolitisches Instrument.

Eine Förderung der Landwirtschaft ist durch sie nicht zu erwarten. Will man den landwirtschaftlichen Erzeuger wirtschaftlich stützen, so bringt ihm eine Senkung der Umsatzsteuern bedeutend größere Vorteile als der sogenannte Schutz durch Zölle. Will man sich ein klares Bild über die gesamten Verhältnisse machen, so muß man die jetzige Lage als Grundlage benutzen. Was Graf Kaniz, der Ernährungsminister, gesagt hat und was in der schriftlichen Begründung der Zollvorlage steht, hätte genauso gut im Jahre 1901 gesagt werden können. Wenn die Wissenschaft sich jetzt gegen die Getreidezölle wendet, wie es von fast allen hervorragenden Kennern geschieht, so einfach aus dem Grunde, weil sie aus der Wirkung der Bismarck-Zölle gelernt hat. Ueber die Lage der Landwirtschaft bringt die Zollvorlage nur sehr dürftiges Material. Es sind schon reichliche Unterlagen vorhanden, sie werden aber nicht verwendet, weil sich das Ministerium und die maßgebenden Kreise der Landwirtschaft nicht aus den Gedankengängen von 1901 zu lösen vermögen. Die Landwirtschaft war vor dem Kriege mit vier Millionen Tonnen verschuldet. Das ist soviel, wie die Versorgung der städtischen Bevölkerung erfordert. Die Verzinsung dieser Schuld mußte durch die Verbraucher getragen werden.

Die Inflation hat diese Verschuldung beseitigt.

Sie hat außerdem der Landwirtschaft billige Industrieprodukte gebracht und die Düngemittel zu billigeren Preisen verabreicht, als das in Friedenszeiten der Fall war. Diese Erscheinung konstataren wir allerdings überall. Wenn jetzt die Preise unter der Weltmarktnotierung liegen, dann dadurch, daß sich der Druck der Goldsteuern bemerkbar macht und daß außerdem handelspolitische Erschwerungen sich hier und da bemerkbar machen.

Wie ist es nun mit der Preissphäre, die Graf Kaniz zur Begründung der Zölle herangezogen hat? Seit Januar 1924 sind die Preise für Getreide und Kartoffeln ständig gestiegen. Die Preise für Industrieerzeugnisse (Rohle und Eisen) gingen in derselben Zeit ständig zurück. Die Kaufkraft für Roggen hat in derselben Zeit eine Steigerung von 13-14 Proz. erfahren. Wir sind jetzt in der Lage, die fernzeit bei der Einführung der Bismarckzölle als die beste Grundlage für eine Produktionsförderung dargestellt wurde. Graf Kaniz hat ein Argument gebraucht, das für die Zukunftsentwicklung unabsehbare Folgen haben kann. Er sprach von der Entwicklung der überseeischen Konkurrenz, von der Erweiterung der Anbaufläche und von einem Anreizpreis für die landwirtschaftlichen Produkte. Und dabei blieb völlig außer Acht die Entwicklung, die die Agrarwirtschaft in der ganzen Welt nach Friedensschluß genommen hat. Eine starke Steigerung der Produktion ist aus den verschiedensten Gründen nicht zu erwarten. Sie ist eine Frage der Arbeitskräfte, des Kredits und anderer Faktoren. Auch Rußland ist nicht mehr an demselben Maße wie früher Ausfuhrland für Getreide; seine Landwirtschaft liegt sehr darnieder. Es ist also ausgeschlossen, daß dieses Land in erheblichem Maße als Konkurrenz für die deutsche Landwirtschaft aufzutreten vermag. Ebenso ausgeschlossen ist ein erheblicher Produktionsüberschuß und nicht zu erwarten ist eine Senkung der Weltmarktpreise. Und alles das zusammen läßt erkennen, wie gering, wirtschaftspolitisch und handelspolitisch gesehen, die Berechtigung zur Einführung von Agrarschutzzöllen ist.

Wenn uns nachgewiesen würde, daß die Landwirtschaft aus Existenzgründen Erziehungszölle bedürfte, würden wir sehr ernst mit uns über diese Frage reden lassen. Wollen wir jedoch eine gesunde Fortentwicklung unserer landwirtschaftlichen Produktion, wollen wir ihre wirtschaftliche Stärkung, dann müssen wir wie in der Industrie das Bestreben haben, auf eine Bereicherung hinzuwirken. Das erreicht man aber nicht durch eine Einführung von Zöllen auf Futtermittel und ebensowenig, wenn man das Brotgetreide zum Gegenstand der Schutzpolitik macht. Wir haben uns in der Generaldebatte abschließend davon freigehalten, die ganze Frage von sozialpolitischen oder konjunkturpolitischen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Wir haben uns ausschließlich auf dem dem Agrarpolitiker eigenen Boden bewegt,

um den Nachweis zu führen, daß eine Schutzpolitik, wie sie die Regierungsvorlage vorschlägt, für die landwirtschaftliche Produktion nur von Schaden sein kann.

Die katastrophalen Wirkungen der Zollvorlage auf sozialem und dem Konsumtengeld näher zu beleuchten, werden wir uns für die Spezialdebatte vorbehalten.

Damit schloß die Aussprache. Die nächste Sitzung des Ausschusses ist am Dienstag, den 30. Juni, nachmittags 1½ Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Generaldebatte.

In den Staub.

Ein Erguß Wilhelms von Doorn.

Die Bauern von Dannenfeld bei Gardelagen feiern das 250jährige Jubiläum ihrer alten Schwedenfahne. Dann schließlich, wo alles feiert, warum sollen da nicht auch die Bauern von Dannenfeld feiern? Und wo richtige Bauern bei uns zu Lande sich versammeln, da darf ein Preußenprinz, ein General und die dazu gehörige Parade selbstverständlich nicht fehlen. So kam es denn, daß Prinz Oskar von Preußen an diesem Bauernfeste teilnahm und huldvollst geruhete, ein Schreiben von seiner Majestät aus Doorn zu verlesen. Wie die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, hat dieses Schreiben folgenden Wortlaut:

Haus Doorn, den 18. Juni 1925.

Fehrbelustigter Dannenfeld.

Anlässlich der 250jährigen Wiederkehr des Tages von Fehrbelin bin ich im Geiste mit den Nachkommen der Männer vereint, die auf ihre Fahnen schrieben: „Wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unserm Kurfürsten mit Leib und Blut.“

Unerkütterliches Zusammenhalten von Fürst und Volk, sowie opferfreudige Vaterlandsliebe haben den Grund gelegt zu Brandenburg-Preußens Größe. Nur Rückkehr zu den altpreussischen Tugenden kann uns befreien von Irrwahn und Sklaverei.

Vor 50 Jahren bei der 200-Jahrfeier war Mein in Gott ruhender Herr Vater zugegen. Heute bringt sein Enkel, Mein Sohn, Prinz Oskar, die Grüße des Königshauses.

In den Staub mit allen Feinden Brandenburgs!
Wilhelm K.

Die „Volkszeitung“ teilt mit, daß die Lokalblätter dieses geistige Erzeugnis seiner Majestät vor sich haben und sich gegen sie haben. Selbst in Gardelagen und Umgebung scheint man eingelehrn zu haben, daß weder HM noch der gemeinamen großen monarchistischen Idee damit gedient ist, wenn die Mitwelt erfährt, was Geistes Kind Seine Majestät ist. Er scheint sich wirklich in den Jahren seines Aufenthaltes in Doorn nicht im geringsten geändert zu haben. Was uns im übrigen recht sein kann.

Der Gewährsmann und sein Hintermann.

Tannenzapf und Destreich.

In der „Berliner Börsen-Zeitung“ singt der Chefredakteur Dr. Destreich seinem Tannenzapf die Totenkloge. Es ist auch wirklich zu schade um den hoffnungsvollen jungen Mitarbeiter, der so schönen Sensationschmus in Fortsetzungen verzapft hat; denn wenn es auch nicht wahr war, so brachte es doch Abonnenten. Aber nun hat Herr Tannenzapf vor dem Ausschuss gar nicht brilliert, wie ein nach gemordeter Frosch in einem Konstruktionswerk hat er nicht geknallt, sondern nur noch gestunken. Herr Dr. Destreich meint bittere Tränen, weil der „Bormärts“ eine Rahe eine Rahe, Herrn Tannenzapf einen Erpresser nennt. Für Herrn Destreich ist Tannenzapf ein mutiger Wahrheitsverkünder. Freilich ein Wahrheitsverkünder mit dem kleinen Defekt, daß er durch 700 Mark zum Schweigen gebracht worden wäre.

Aber täte Herr Dr. Destreich nicht besser, anstatt Trauerhymnen anzujammern, endlich einmal der Welt darüber klaren Wein einzuschenken, zu welchen Zwecken er Herrn Tannenzapf mit dem ansehnlichen Reisegeld von 500 M. ausgestattet und nach Holland geschickt hat?!

Die Mandatskommission des Völkerbundes ist am Freitag in Genf zusammengetreten. Tagesordnung: Verwaltungsberichte der Mandatarämter über die früheren deutschen Kolonien, Inbesitznahme des Auslandskapitals in den Kolonien, Unterdrückung des Alkoholorient, Rekrutierung Eingeborener zum Kriegsdienst. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich.

Orchester oder Dirigent?

Von Kurt Singer.

Bei dem Besuch der Konzerte des „Wiener Philharmonischen Orchesters“ ist es gewiß vielen ergangen, wie mir, und ist doch vielleicht wenigen aufgefallen, daß diese Veranstaltungen ganz außerordentlich dem Reiz aller künstlerischen „Betriebe“ standen. Es kam nicht allein darauf an, das hohe Niveau dieser Vereinigung von kultivierten Musikern zu erkennen, den lebenshaften Trieb zum Urrhythmus zu erleben; die Konzerte strahlten vielmehr ein Neues für den Hörer dar, indem sie ihm generell wieder einmal die Bedeutung der Institution des Orchesters vor Ohr und Aug führten. Wir kamen, um ein Ensemble, ein Orchester zu hören, nicht, um einen Dirigenten zu begutachten, zu bewundern, zu kritisieren. Daß auch dieses Mal das Dirigentenproblem nicht ganz ausgeklammelt blieb, lag an der Disziplin zwischen dem klar pointierenden, rhythmischen Hegemonisten Kießer, der dem bei canto des Orchesters wie seiner gewohnten Tradition moderne Bildlichkeit aufsetzte. Man hätte das Gefühl (gerade in Augenblicken, da Kießer das Orchester in seinem verkörperten Klang sich selbst überließ), daß diese Künstlergruppen bei Haydn, Schubert, Beethoven mit der Präzision des Spiels auch jede Nuance einer natürlichen Dynamik, eines gottgewollten Tempos, einer fest umrissenen, doch nie harten Rhythmik verankert hatten in Kopf, Herz, Mund und Händen. So wäre also der Kapellmeister überflüssig? Gewiß nicht. Er baut ja das Werk auf, er gibt die stilistischen Linien her, er rafft Auseinanderfallendes zur Einheit, er modelliert die Stimmung, er schafft die momentane Begeisterung, er gibt dem Schwarz-Weiß die Helligkeit, dem Heilen das Dunkle, dem Orellen die Dämpfung, dem Klingenden die Nuance. Aber man überschätzt seine Leistung auf dem Podium während der Aufführung. Die Wiener Philharmoniker würden auch dann noch Wägenklänge hergeben, wenn Herr I oder J den Takttod führte; die Berliner Philharmoniker, die tagtäglich unter anderer Leitung spielen, lassen sich von bösen Pulsoirwosen weder imponieren noch verwirren, wohl aber von Berufsleuten von besonderer Anspannung ihres Könnens begeistern. Das ist es, was den Dirigenten von Größe ausmacht: nicht der Jubel einer durcheinandergerauschten Menge, sondern die Aufmerksamkeitsleistung, das Symmetrische, das Rauschhafte im Spiel des Orchesters. Es treffen sich allerdings die Empfindungen des Publikums, das durch seine Presse gut vorbereitet ist, oft mit den tatsächlichen und gerechten Wertungen einer Dirigentenleistung. An dem Dauererfolg bei einer Klasse, bei einer halben Welt kann man nicht achtzigend vorübergehen. Er kommt nicht von ungefähr, er kann inszeniert werden mit künstlicher Reklame, aber er kann nicht gehalten werden ohne wahre Gegenleistung. In der Differenz der Spielleistung heute oder morgen erkennt ihr den Wurf, die suggestive Kraft eines wahren Führers. An der Art, wie er zu führen leitet, seine eigentlich erlebbarkeitsfähige Fähigkeit. Man hört auch mit scharfem Ohr unsere Philharmoniker selten einmal aus der Rolle fallen. Fehler gibt es kaum. Zu oft rechnet man das der Aufmerksamkeit des Kapellmeisters zugute. Es ist die Verantwortung der Musiker, der Spielenden, die uns Führer vergessen macht. Nicht wer die 2. Räblersche Sinfonie mit der Staatskapelle oder den Philharmonikern richtig ausstakkt, ist schon ein Meister

der Kapelle; wohl aber, wer mit immer neuer Einführung, neuem Interesse, neuem Wissen Studiumsgeist aus den Partituren Beethovens, Mozarts, Schuberts herauslockt, Liebe in sie hinein trägt. Bis sie klingen, als sei nie eine Probe gewesen; bis sie singen, als sei jeder Notenkopf betastet und bestreift worden: bis unter dem Melos die Person des Führers wie der Gefährten verschwimmt; bis Kapellmeister, spielende Truppe und Publikum eines Fühlens, einer Stimmung, einer Begeisterung geworden sind. Der Verstummen und an Hüllstücken reichen Wägenklänge kann ein Dirigentstar besonderen Formats einmal Retter werden; dem einfachen, erhabenen Geist klassischer Musik wird er zum Verderben. Am Anfang und am Ende stehe die Tat, das Wort, der Ausdruck, die Gebärde des Schöpfers, nicht die Physiognomie des Nachschaffenden.

Mittelmeer- und Orientreise.

Mittelmeer! Sehnsucht erweckt das Wort nach klarerem Himmel und wärmerer Sonne, nach den Schönheiten vergangener Kulturen, vergangener Jahrtausende; am stärksten wohl in denen, die noch nie in Wirklichkeit einen Blick in jene Welt tun durften. Für viele von ihnen wird der Film „Eine Mittelmeer- und Orientreise mit dem Peer Gynt“, der auf Veranlassung der Reederei Viktor Schupps im Theater am Kollindorplatz gezeigt wird, wenigstens in den ersten Phasen eine Enttäuschung bedeuten. Es ist schon so: westeuropäische Kultur — was man so Kultur nennt — dehnt sich immer weiter aus und mit ihr das Verständnis für „Gefühl“ und „Ged“, das an jedem historischen Ort Vogelhäuser und Hotels „mit allem Komfort der Neuzeit“ erbaut. (Wenn die Hotels und Vogelhäuser schon da sind, kann man die historischen Stätten auch nachträglich schaffen; dem Reisen macht es im allgemeinen wenig aus.) Italienische Romanik? Keine Spur; alles ist höchst nach Befähigung geordnet. Die Bauwerke der alten Römer fühlen sich nicht wohl dabei; unpraktische Gefühlslosigkeit war eigentlich nie ihre Sache.

Die Reise geht weiter: Griechenland. Das beste des Films. Schönheit, in färglichen Reiten nur noch, aber trotzdem... Kleine neugriechische Gassenjungen, die auf antiken Ruinen herumhocken, zwingen zum beschämenden Vergleich; und wie wir's dann zuletzt so herrlich weit gebracht!

Konstantinopel, das Goldene Horn. Statori tauchen auf; Ägypten, die Pyramiden, die Sphinx. Vorher Balatina. Hier gibt es noch einmal starke Eindrücke. Ein Land der Vergangenheit, aber kein totes Land. An der Klagemauer stehen Gestalten, Gebete murmeln, eingehüllt in dunkle Gewänder, wie sie vielleicht ebenso vor Jahrtausenden standen; sie durchleben ihre Straßen, schreiten durch ihr Land. Man spürt den noch immer starken organischen Zusammenhang. Der Garten Gethemans mit einem Wägen wirkt dagegen wie eine Theaterkulisse.

Der Film zeigt nur typische Touristenlandschaften, da er auf einer Peer-Gynt-Reise getrieben wurde; wirkt aber durch gute, geschickte Ausschnitte erfreulich. Ueber die etwas zu reichlichen Bordaufnahmen und den schmolligen Abschluß — natürlich kriegen sie sich — darf man hinwegsehen.

Mehr Milch — kürzere Schulzeit. Auf Grund sehr günstiger Erfahrungen hat sich in den Vereinigten Staaten eine gemeinnützige „Gesellschaft für Ernährungshygiene“ gebildet, die mit der Unterstützung ihrer Grundbesitzer in der Schule beginnt. In der Darwin-Schule in Chicago zum Beispiel bekommen 600 Schulkinder während der Pause ein Viertel Liter Milch und zwei Bröckchen, zu deren Verteilung sechs Frauen angestellt sind, von der Gesellschaft geliefert. Es ist wesentlich, daß mit der Milch auch Brot verabreicht wird, damit die Kinder zu lauen gezwungen sind und die Milch langsam trinken, so daß sie gut verdaut wird. Nach einem Vierteljahr zeigte sich bei diesen Schulkindern eine mittlere Gewichtszunahme von drei Pfund, während die normale Gewichtszunahme noch nicht ganz zwei Pfund beträgt. Aber nicht nur in physischer, sondern auch in intellektueller Hinsicht waren die Milchtrinker den anderen voran. Dies zeigte sich besonders deutlich in Los Angeles, wo über 50 000 Kinder in 150 Schulen ihre Milch bekommen. Man konnte feststellen, daß sie mit ihrem Pensum rund zwei Jahre früher fertig waren, als die anderen. Es ist daher leicht verständlich, wenn der Sekretär Green von den kalifornischen Genossenschafts-Kollegien in acht amerikanischen Wägen zu folgendem Schluß kommt: „Ein Schulkind kostet der Stadtverwaltung jährlich 75 Dollars, in zwei Jahren also 150. Für eine Stadt mit 20 000 Schülern macht das bereits 3 Millionen Dollars aus. Das ist Vergeudung. Wenn wir den Schulkindern Milch, dann sind sie eher mit der Schule fertig, und — es kostet uns weniger.“ Die Schlußfolgerungen des Genossenschaftssekretärs mögen nicht ganz uninteressiert sein, und sind überdies wenig geschmackvoll, aber die Hauptsache ist, daß die Kinder ihre Milch bekommen. Die hierdurch erzielte Beförderung der Schulzeit ist ein bemerkenswerter Gewinn, der zu der allgemeinen Gesundheitsförderung durch die erhöhte Milchzufuhr noch zusätzlich hinzutritt.

Internationaler Eisenbahnkongress. Die Hundertjahrfeier der ersten Eisenbahn, die in diesem Jahre in England gefeiert wird, soll durch einen Welt-eisenbahnkongress eingeleitet werden, der jetzt in London stattfindet. Es sind Vertreter aus 30 verschiedenen Ländern versammelt. Von wichtigen Staaten fehlen Deutschland, Oesterreich und Rußland. Die englischen Blätter haben aus diesem Anlaß hervor, daß die deutschen Vertreter vor dem Kriege eine wichtige Rolle bei den Arbeiten des Internationalen Eisenbahnverbandes spielten, der früher die alle 3 Jahre stattfindenden Kongresse veranstaltete, und bedauern das Fehlen der Deutschen bei den Verhandlungen, die sich auf alle Fragen der Eisenbahntechnik und der Eisenbahnorganisation erstrecken.

Schaufführungen der Woche. Mittw. Volkshaus: „Die deutschen Kleinmärker“. Ober am Königsplatz: „Der Stern von Rußland“. — Donnerst. Renaissance-Theater: „Die Götterhölle“. — Sonnab. Schiller-Theater: „Amnemie“. — Käthe-Theater: „Die verlegte Nacht“. — Mont. Staatstheater: „Krausener“.

Volkshaus. Hedwig Hangel wurde für die Darstellung einer Komposition in dem Lustspiel „Die deutschen Kleinmärker“ (nach Kogebue) an die Volksbühne, Theater am Bülowplatz, verpflichtet.

Neue japanische Großschiffe auf dem Salzen Ozean. Die Japaner werden jetzt, wie in „Berl. Reberet. Posten“ berichtet wird, vier große Rotorische von je 17 000 t bauen, die hauptsächlich für den Verkehr auf dem Salzen Ozean zwischen Hongkong und San Francisco bestimmt sind.

Caillaux' Pläne angenommen.

Eine bewegte Nachmittags- — 210 Stimmen für den sozialistischen Gegenentwurf. — Stimmenthaltung der Sozialisten bei der Schlussabstimmung.

Paris, 27. Juni. (U.) In der Nachmittags-Sitzung der Kammer, die um 11 Uhr begann, sprach zuerst Botanowski im Namen der Opposition. Der stellte fest, daß Artikel 1 der Regierungsvorlage stark an das Ermächtigungsgesetz erinnere, was aber von Caillaux bestritten wird. Von außerordentlichen Vollmachten könne nicht die Rede sein. Botanowski warnte unter Anspielung auf den sozialistischen Gegenplan vor Maßnahmen, die danach ansetzen, das Vertrauen zu untergraben und nur die Kapitalflucht begünstigen würden. Die jetzigen Finanzschwierigkeiten seien nur durch „normale und klassische Abhilfemaßnahmen“ zu lösen. Die gegenwärtige Finanzkrise sei eine Folge der Laßlosigkeit der Mehrheit. Wenn nicht seit Monaten und Monaten von schwebender Schuld gesprochen worden wäre, wären die Schatzanweisungen nicht in so großer Zahl zurückgezogen worden. Der Sozialist Roubet wünschte ein, daß die Schwierigkeiten nur durch die von der Opposition herausgeforderten politischen Krisen hervorgerufen worden seien. Darauf ergriß

Caillaux

das Wort. Er sagte, er werde dem Lande die ganze Wahrheit sagen. Die konsolidierte Schuld betrage 150 Milliarden, ebensoviel die schwebende Schuld. Vor zwei Monaten habe der Staat von der Bank von Frankreich 1700 Millionen geliehen. Dieser Betrag sei bei der Einlösung der Schatzanweisungen aufgezehrt worden. Im Juli seien 1800 Millionen und im September drei Milliarden aufzubringen. Weder mit einer Inflation, noch mit einem Moratorium könne dem Lande geholfen werden. Die Regierung fordere die Bürger auf, soweit sie könnten, sich freiwillig an der Goldanleihe zu beteiligen. Weiter stellte er fest, daß sich für das Schatzamt keine Neubefestigung ergebe, da der Ausgabe eine Politik zugrunde liege, die auf eine Haufe des Franken und eine Baisse des Pfundes und des Dollars abziele. Wunder könnten nicht vollbracht werden. Er habe das Vertrauen, daß das Land den Appell der Regierung nicht ungehört verhallen lassen werde.

Painlevé

gab darauf eine kurze Erklärung ab. Er betonte, es sei notwendig, daß die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit angenommen werde.

Darauf wurde die allgemeine Aussprache geschlossen und die Aussprache über den Gegenentwurf der Sozialisten eröffnet. Bedouce begründete den sozialistischen Vorschlag auf zehnprozentige Kapitalabgabe. Painlevé erbat, den Gegenentwurf zurückzuziehen, und erklärte, die Regierung werde zurücktreten, wenn der Vorschlag nicht mit genügender Mehrheit abgelehnt werden wird.

Um 4 Uhr morgens erfolgte die Abstimmung.

Der sozialistische Vorschlag wurde mit 340 gegen 210 Stimmen abgelehnt. Als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, wollte Painlevé den Saal verlassen (als Zeichen der Demission. Red. d. „U.“), wurde aber von seinen Freunden durch eifriges Jureden veranlaßt, sich wieder zu setzen.

Bei der anschließenden Abstimmung über das Kapitel I der Finanzvorlage, das dem Finanzminister das Recht gibt, mit dem Ministerpräsidenten das Finanzgesetz durchzuführen, stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Das Kapitel wurde daraufhin mit 328 gegen 119 Stimmen angenommen.

Bei dieser Abstimmung hatten sich 160 Abgeordnete aus allen Parteien der Stimme enthalten.

Diese Abstimmungen zeigen, daß der sozialistische Gegenentwurf einer Kapitalabgabe außer den 103 sozialistischen und 26 kommunistischen Stimmen noch von etwa 80 bürgerlichen Abgeordneten vom Linksbund unterstützt wurde. Darauf ist wohl die vorübergehende Absicht Painlevés zurückzuführen, den Saal zum Zeichen des Rücktritts zu verlassen.

Die Schlussabstimmung, die 330 für und 34 Stimmen gegen die Regierung ergab, weist gleichfalls eine Mähe von über 200 Stimmen auf. Das sind die Stimmenthaltungen der Sozialisten und anderer Abgeordneten sowohl aus dem Lager des Nationalen Blocks wie aus dem linken Flügel der bürgerlichen Radikalen.

Alles in allem geht die Regierung Painlevé-Caillaux aus dieser Schlacht mit geschwächtem Ansehen hervor, wenn auch eine direkte Regierungskrise vermieden werden konnte.

Coolidges eiskalte Schulter.

Keine Zollherabsetzung — keine Schuldenannullierung!

New York, 27. Juni. (W.B.) Associated Press meldet aus Swampscott (Massachusetts): Präsident Coolidge habe auf seinem Sommerhof seine Ansicht über die von dem englischen Bankier Stamp anlässlich der Brüsseler Handelskammertagung vorgeschlagene Zollherabsetzung geäußert. Coolidge meint, alle Pläne bezüglich Beseitigung der allgemeinen Zölle gingen fehl und seien nur ungeschickte Bemühungen, die Vereinigten Staaten zu Reparationszahlungen heranzuziehen. Der Präsident gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das amerikanische Volk entschlossen sei, sich nicht in das Reparationsproblem verwickeln zu lassen. Er sei ein unbedingter Gegner jeder Annullierungsbestrebung, und daher könne es den von Stamp dargelegten Plan keineswegs guthießen. Das Steigen der amerikanischen Einfuhr in den allerletzten Jahren sei eine genügende Antwort auf den Vorschlag einer Zollherabsetzung. Es sei bezeichnend, daß der amerikanische Handel heute annähernd 50 Proz. größer sei, als er vor dem Krieg gewesen, während sowohl Ein- wie Ausfuhr bei den meisten europäischen Ländern nachgelassen hätten. Coolidge schloß: Das amerikanische Volk sei der Ansicht, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllen müsse, daß aber auch die anderen europäischen Völker ihre Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten zu begleichen hätten. Das amerikanische Volk habe ein starkes Interesse an der wirtschaftlichen Lage der Welt, und es freue sich, wenn es diese Lage zu erleichtern vermöge, aber kein neuer Plan dürfe neue Lasten auf seine Schultern wälzen.

Paschitsch im Sterben.

Paris, 27. Juni. (W.B.) Nach hier aus Belgrad eingetroffenen Nachrichten liegt Ministerpräsident Paschitsch im Sterben.

Die verurteilte Justiz. Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Walter Rode hatte in einer Zeitung so scharfe Kritik an der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes geübt, daß dieser ihn unter Anklage stellen ließ. Die für Greßdelikte zuständigen Geschworenen haben Dr. Rode, der seine Kritik eingehend begründete, mit 10 von 12 Stimmen freigesprochen.

Die herrliche Sanierung. Im Juli müssen infolge des vom Völkerverbund vorgeschriebenen Sparungsprogramms weitere 2900 deutschösterreichische Beamte entlassen werden.

Die neuen Verkehrschilder.

Ein glücklicher verkehrstechnischer Einfall wird in einem der nächsten Tage im Großberliner Straßenleben in Funktion treten. Die neuen Verkehrschilder, die von der Polizei U. G. konstruiert worden sind, werden endlich einmal von der völlig unfantastischen Schablone der üblichen Verkehrsregelsinstrumente ab. Die neuen gläsernen Verkehrschilder, die in Schilderform in der Tiergartenstraße, der Corneliustrasse und der Hübnerstraße eingebaut werden, sollen den Verkehr in jener besonders durch Autos stark belebten Gegend, machinell und konzentriert regeln. Die Verkehrschilder werden weithin sichtbar sein, da sie, bei einem Durchmesser von 60 Zentimetern, 25 Zentimeter über dem Straßenniveau herausragen. Durch eine sinnreiche und geschickte Konstruktion hat man die Frage der nächtlichen Beleuchtung der Verkehrschilder auf einfachste Weise gelöst. Unter der durchsichtigen Glasdecke sind 8 elektrische Birnen eingeseht, die in Form von Fragezeichen die Verkehrschilder rot beleuchten. Die Schilder dieser Verkehrschilder sind von ganz außerordentlicher Stärke und nach mehreren Probeversuchen für Fahrwerte jeden Grades befahrbar. Die Schilder werden in der Mitte des Fahrdammes eingebaut werden, wo sie am vollkommensten zur Wirkung gelangen können. Hauptzweck der neuen Verkehrschilder ist, die Chauffeure auf die einzelnen Gefahrenpunkte rechtzeitig hinzuweisen und die Fahrrichtungen in einwandfrei sichtbarer Weise zu begrenzen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß an der Friedrichstraße, Ecke Karlstraße, ein nach ähnlichen Prinzipien hergestelltes leuchtendes Verkehrschilder schon lange in Betrieb ist. Auf einem runden, etwa 5 Zentimeter hohen Steinsockel erhebt sich ein achteckiger Podest, in dem nach Süden, Norden, Osten und Westen vier gelbe Gläser eingelassen sind, die durch bestimmte farbige Lichtsignale zur Nachtzeit dem Wagen- und Autoverkehr Fahrrichtungen und Haltezeiten ankündigen. Auf diesem Verkehrschilder steht tagsüber ein Schupo-Mann, der durch Dirigieren mit den behandschulten Amtshänden für das Fortkommen in der Dunkelheit maßgebend und farbensymphonisch geregelt wird. Wir weisen auf diesen Verkehrschilder hin, da seine Existenz den Wenigsten bekannt sein dürfte.

Internationale Taschendiebe vor Gericht.

Der unbequeme Kriminalbeamte.

Eine Bande internationaler Taschendiebe, nämlich die Handelsleute Joel Rosenfeld, Abraham Weinstein, Ruchem Wista, Jacob Teiblum, Leopold Kofman und Schmil Reimann, wurden kürzlich aus der Unterjuchungshaft der Schöffengerichtsabteilung Charlottenburg unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Brennhagen zur Aburteilung wegen versuchten Taschendiebstahls vorgeführt. Sämtliche Angeklagten sind bereits wiederholt im In- und Auslande vorbestraft.

Am 30. April wurde die Bande bei einer Uraufführung im Rarmorhaus, als das Publikum der ersten Aufführung hinaus- und das der nächsten Aufführung hineindrängte, von Kriminalbeamten beobachtet, als sie in zwei Fällen versuchten, Taschendiebstähle auszuführen. Dabei wurde die ganze Gesellschaft dingfest gemacht. Sämtliche Angeklagten suchten ihrer Anwesenheit im Platztheater einen harmlosen Vorwand zu geben und erhoben gegen den Kriminalassistenten B., der sie verhaftet hatte, schwere Anschuldigungen. Sie behaupteten, daß der Beamte nur gegen diejenigen Taschendiebe vorgehe, die ihm von ihrer Beute nichts abgeben, daß er dagegen bei anderen ein Auge zudrücke. So hätten sie an jenem Abend zwei längst gefaschte Taschendiebe, H. Baeder und Leib Schor, gesehen, die mit dem Beamten sehr vertraut gekonnt hätten. Diesen hätte der Beamte zugespuckt, daß sie verschwinden sollten. Als sie verhaftet waren, hätte sich ein Herr gemeldet und erklärt, daß ihm soeben seine Brieftasche mit 100 M. von zwei Männern gestohlen worden sei. Er hätte aber gleich erklärt, daß die Verhafteten es nicht seien. Seine Beschreibung hätte auf jene beiden gepaßt. Als diese beiden Namen auf der Wache von ihnen genannt worden seien, habe B. geantwortet: „Die kommen morgen an die Reihe.“ Die Angeklagten behaupteten auch, daß B. von Schor zwei Oberhemden gestohlen hätte und sich einmal habe 10 M. zufließen lassen. Der eine Angeklagte will dem Beamten das gegenseitig vorgehalten haben und dieser habe ihm daraufhin gedroht, daß er es ihm belagern werde. Kriminalkommissar Werner, der Personalreferent in Disziplinargelegenheiten auf dem Polizeipräsidium, bezeugte, daß die Anschuldigungen gegen B. von drei internationalen Taschendieben Abraham Cohn, Ragelkopf und Gerland ausgingen, die B. verhaftet habe. Da beim Polizeipräsidium Anschuldigungen dieser Art scharf nachgegangen werde, sei auch gegen B. ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Dieses sei noch nicht abgeschlossen, habe aber bisher nichts ergeben. Kriminalassistent B. ließ keinen Zweifel, daß die Angeklagten gemeinsam im Rarmorhaus operiert haben. Alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen wies er mit Entschiedenheit zurück, trotzdem verschiedene Frauen auftraten, die ihn nach dieser Richtung hin bezichtigten. Er konnte nachweisen, daß es sich hierbei um Frauen handelte, deren Männer von ihm festgenommen und zur Aburteilung gebracht worden waren. Staatsanwaltschaftsrat Parrissus bezeichnete die Angriffe gegen B. als ein Kettenreiben und hielt die Angeklagten für überführt, trotzdem Freundinnen mehrerer Angeklagten aufgetreten waren, die bezeugten hatten, daß diese in ihrer Begleitung gewesen und nur bis zur Kasse gekommen seien. Das Schöffengericht schloß sich den Ausführungen der Rechtsanwältin Dr. Diamant, Dr. Thoma, Dr. Puppe und Dr. Andersen an, daß die Beweise zur Ueberführung nicht ausreichten und sprach sie daher frei.

Im Streit erschossen.

Verhängnisvollen Ausgang nahm ein Familienstreit für den 31 Jahre alten Kraftwagenführer Willy Kopitsch aus der Hebbelstraße 17. Kopitsch hatte Auseinandersetzungen mit einem Schwager aus der Demminer Straße. Gestern nachmittags besuchte er ihn und begab sich mit ihm zur Fortsetzung der Auseinandersetzung mit einem anderen Gaste in Streit. Dann ging er weg, nachsprache nach einem Lokal in der Uesdomstraße. Hier geriet Kopitsch dem er seinem Schwager einen Schlag ins Gesicht verleiht hatte. In einem Lokal an der Ecke der Uesdom- und Brunnenstraße trafen sie sich wieder. Hier erneuerte sich der Streit. Kopitsch ließ ein Schuß, der Kopitsch so schwer verletzete, daß er schon auf der Rettungswagen in der Badstraße starb. Sein Schwager und ein anderer Mann wurden vorläufig festgenommen. Wer den verhängnisvollen Schuß abgegeben hat, steht noch nicht fest.

Hinter den Kulissen der Reichspost.

Ein reicher Kenner, Gelzhals, Philatelist, findet in einer Zeitschrift Aufnahmen vom Kongress der Briefmarkensammler, darunter sein Bild — mit seiner jungen „Gattin“. Aus Furcht, daß seine „Alle“ das sehen könnte, reißt er es heraus, wird jedoch von seiner Familie dabei überrascht. Zufällig ist aber auf der anderen Seite des Blattes ein Inserat einer Wäschefirma; er erklärt also, er hätte sich die Adresse des Hauses aneignen wollen, um Frau und Kinder zu beschenken. Was er auch tut. Damit der Friede hergestellt ist. Mit diesem „Familienbild“ beginnt ein Deulig-Film, der die Beschauer hinter die Kulissen der Reichspost führen will. Sehr viel hat das zwar mit dem „Wesen und Wirken“ der Reichspost zunächst noch nicht zu tun; aber man versteht schon: die Zeitschrift wird durch die Post ins Haus gebracht; man sieht ihren Weg vom Berliner Zeitungspostamt bis Leipzig; ein Brief geht von Leipzig nach Berlin; dort wird das Paket mit den bestellten Sachen abgeschickt; die Zahlung wird durch Postcheck geleistet. — Man hätte das alles besser zeigen können, knapper, eindringlicher. Aber dann hätte man auf die faustdicke Reklame verzichten müssen. Das wäre schade gewesen; denn erstens gehört auch sie zum Wesen der Post — gibt es vielleicht noch einen Postwagen ohne die Aufforderung „Ach Margarine der Firma X!“ oder „Trinke Kaffee der Firma Y!“? Nach ein Schrei, pult auf den Postämtern ohne ein Duzend ähnlicher Anpreisungen? — Zweitens aber hätte der Post die Einnahmequelle gezeigt; denn,

wie die Leinwand verrät, ist der Film im Auftrage der Reichspost hergestellt worden; vermutlich doch, um ihre Finanzen aufzubessern. Darum läßt sich der Reichspost gern gefallen, daß der Film, der in einer knappen halben Stunde alles Wesentliche hätte bringen können, kaufmännisch über eine Stunde hin gezogen wird. Die Aufnahmen aus dem Postbetrieb sind zwar teils recht gut und geben ein Bild von der unvermeidlichen Emsigkeit mit der die Arbeit dort vor sich gehen muß; Zahlenangaben aber, die gerade hier für das Publikum recht notwendig wären und die sich so durch graphische Darstellungen und Triebbilder sehr anschaulich hätten machen lassen, fehlten leider ganz, trotzdem durch sie der Film gewiß schmackhafter geworden wäre als durch die Rahmenhandlung. Aber wie gesagt: die Reklame! Man bescheldet sich.

Der Autobus im Schaufenster.

Mehrere Verletzte.

Heute vormittag ereignete sich in der Neuen Königstraße ein folgenschwerer Autobusunfall. Dort lief ein Mann hinter einer Straßengasse vorbei gegen einen Autobus der Linie 14. Durch das scharfe Bremsen wurde das Auto auf den Bürgersteig gedrängt und fuhr in das Schaufenster des Bekleidungsgeschäftes von Bedder. Das Schaufenster und das Brauerwerk gingen in Trümmer. Der Fahrer des Autos sowie die eisernen Schutzwände wurden stark beschädigt, so daß der Autobus abgeschleppt werden mußte. Bei dem Unfall kamen zwei Männer und eine Frau zu Schaden; zwei erlitten einen Korpenschuß, eine Person eine Kopf- und die andere eine Fußverletzung; sie wurden von Polizeibeamten nach der Unfallstation geschafft. Sämtliche Scheiben des Autos gingen in Trümmer.

Die heute gültigen Geldscheine.

In der letzten Zeit haben eine Anzahl Reichsbanknoten und die alten Rentenbanknoten über 50 Rentenmark vom 1. November 1923 ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel verloren, und dadurch ist in den Kreisen der Geschäftsleute eine gewisse Unsicherheit über die Gültigkeit der im Verkehr befindlichen Geldscheine entstanden. Im folgenden sei eine im Archiv der Handelskammer gefertigte Uebersicht über die zurzeit gültigen Noten gegeben:

Ausgegeben sind: 1. sämtliche Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. November 1924 liegt. Es sind dies die alten auf Mark lautenden Noten; sie haben am 5. Juni 1925 ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel verloren, können aber noch bis zum 5. Juli 1925 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung gegeben oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden, wobei eine Billion Mark gleich einer Reichsmark getauscht wird. Noten in Abschnitten unter 10 Milliarden Mark sollen nur in Gebänden und in einem durch 10 Milliarden teilbaren Betrage eingereicht werden; 2. die Rentenbanknoten zu 50 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum vom 1. November 1923. Sie haben seit dem 31. Mai 1925 ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel verloren, können aber noch bis zum 30. September 1925 bei den Kassen der Reichsbank gegen andere Rentenbanknoten oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. An Stelle dieses Scheines ist ein neuer Rentenbanknote über 50 Rentenmark mit dem Datum 20. März 1925 ausgegeben worden.

Gültig sind noch 1. alle auf Reichsmark lautenden Reichsbanknoten, die seit dem 11. Oktober 1924 ausgegeben sind; es sind dies die zurzeit die Reichsbanknoten über 10, 20, 50, 100 und 1000 Reichsmark mit dem Ausfertigungsdatum 11. Oktober 1924; 2. die Rentenbanknoten über 1, 2, 5, 10, 100, 500 und 1000 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923; 3. die Rentenbanknoten über 50 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum 20. März 1925.

Sie müssen heizen!

Die nationalistische Presse lebt von der Propaganda des Hasses. Im Ostsaatzen unübertreffliche Meister, beherrschen die Schwarzweißer wie niemand die vielgestimmte Stala strapelloser Drama. In der „Deutschen Zeitung“ findet sich am Donnerstagabend eine Naturplauderei, betitelt „Ratterkopf und Franzosenkraut“, in der es zum Schluß heißt:

Hebrigen hat die Welt auch ein charakteristisches Unkraut mit kleinen, hellgrünen Blättern und schmutzigen gelben Blüten, das mit unheimlicher Schnelligkeit wächst, den Boden ausfüllt, andere Pflanzen ersticht und nie ganz auszurotten ist: Das Knopfkraut, im Volksmund sehr bezeichnend „Franzosenkraut“ genannt.

Kun wissen wir's. Welche Grazie im Weltwurf der vergifteten Speere. Ein Journalist in Limbuth würde die Attake auf den Gegner allerdings mit weit mehr Takt unternehmen. Diese Art, auf Biegen und Brechen verlogene Tendenz gewaltsam herbeizuführen, ist ebenso lächerlich wie innerlich unehrlich. Der „Erbeind“ muß um jeden Preis angepöbelt werden. Zu solch vaterländischer Tat ist jedes, selbst das verwerflichste Mittel, recht. Nebenbei gesagt: Die ewige Hölle und Hepplatte wirkt auf die Dauer mindestens ebenso langweilig wie widerwärtig.

Straßenbahn-Monatskarten und -marken für Monat Juli

Vom Montag, den 29. Juni, bis einschließlich Sonnabend, den 4. Juli, findet die Ausgabe von Monatskarten und Wertmarken sowie Berechtigungscheinen für Jugendliche wieder in der Hauptausgabe der Leipziger Platz 14 statt, vom Montag, den 6. Juli, ab wieder auf dem Straßenbahnhof Urbanstr. 167. Die Geldbehalte, Abfertigungszeit Werktags von 9 bis 4 Uhr, Sonnabends von 9 bis 1 Uhr, am ersten, zweiten, vorletzten und letzten Werttage im Monat von 8 bis 6 Uhr und auf den Betriebsbahnhöfen Lichterfeld, Hindenburgdam 67/70; Spandau, Bicheldorfer Str. 35; Charlottenburg, Spandauer Str. 22, am ersten, zweiten, vorletzten und letzten Werttage im Monat von 8 bis 6 Uhr; außerdem im Geschäft von Linnert, Köpenick, Schloßstr. 21. Ferner sind Wertmarken in den bekannten Stellen erhältlich.

Vom Montag, den 29. Juni, befindet sich die Beschwerde-Kasse Leipziger Platz 14, vom 6. Juli ab wieder in der Urbanstr. 167. Das Fundbüro befindet sich auf dem Straßenbahnhof Urbanstr. 167; es ist geöffnet: Werktags von 10 bis 3 Uhr und Sonnabends von 10 bis 1 Uhr.

Verlegung eines Sommerfonderzuges nach dem Harz. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände auf Grund amtlicher Bekanntgabe mittels, wird der Sommerfonderzug nach dem Harz Potsdamer Bahnhof ab 11.50 vorm., Brandenburg Reichsbahnhof ab 12.56 nachm. Bad Harzburg an 5.00 (Wankenburg an 4.21) vom 3. Juli auf Sonnabend, den 4. Juli, verlegt. Die Fahrzeiten bleiben die gleichen.

Die Stadtbücherei Wilmersdorf, Kaiserallee 1-12, teilt mit: Wegen Stichtung des Wäckerbestandes bleibt die Ausleihsstelle der Stadtbücherei Wilmersdorf, Kaiserallee 1-12, vom 1. bis 14. Juli geschlossen. Die Ausgabe von Büchern findet in dieser Zeit also nicht statt, dagegen sind die vor dem 1. Juli entlehnten Bücher spätestens am Fälligkeitstage an jedem Wochentagmittags von 4-8 Uhr zurückzugeben. Der Lesesaal bleibt wie bisher von 11 bis 1 Uhr vormittags und 4-8 Uhr nachmittags geöffnet. Ueber die umfangreichen Neuerwerbungen der Bücherei wird später berichtet werden.

Arbeiterport.

Arbeiter-Kabarettband, Ostgruppe Berlin. Sonntag, den 28. Juni, 12 1/2 Uhr mittags, Sammelort für alle Abteilungen in Charlottenburg, Biemannstraße rechts, hinter dem Rote. Ab 12 1/2 Uhr, bis 13 1/2 Uhr, im Interesse am Blumenfest haben, treffen sich am Samstag um 12 Uhr im Hotel, alle Arbeitervereine in der Stadt der Berliner Abteilung 11 Uhr an den bekannten Stellen.

